

Aufruftext Bündnis gegen Preissteigerungen

Demotitel: Heißer Herbst statt soziale Kälte

Schon im März 2022 verwies Wirtschaftsminister Robert Habeck darauf, dass es durch den Krieg Russlands gegen die Ukraine zu Gasengpässen kommen könnte. Um dem entgegen zu treten, ermutigte er alle Bürgerinnen und Bürger ihren Beitrag zu leisten: „Wenn man Putin ein bisschen schaden will, dann spart man Energie.“ Doch bei dieser einen Zumutung an die Bevölkerung blieb es nicht. Die Inflation, die laut dem Chef der Bundesbank Joachim Nagel im Herbst auf 10 Prozent steigen und bis 2023 stark erhöht bleiben soll, löst bei Arbeiterinnen und Arbeitern, Auszubildenden, Studierenden, Arbeitslosen und Rentnerinnen und Rentnern jetzt schon berechnete Existenzängste aus.

Doch es kommt noch schlimmer: Durch die von der Bundesregierung geplante "Gas-Umlage" lässt man die Bürgerinnen und Bürger jetzt nicht nur für die gestiegenen Lebenserhaltungskosten zahlen, sondern auch für die Erhaltung von großen, millionenschweren Energiekonzernen. Der deutsche Staat lässt uns nun für die Rettung von Großkonzernen wie zum Beispiel Uniper zahlen, aber selbst das Handelsblatt muss dabei gestehen, dass dadurch andere Großkonzerne wie EnBW und deren Chefetagen trotz hoher Gewinne durch die Gaspreiserhöhungen ebenfalls davon profitieren werden. Zusätzlich lässt die Europäische Union keinen Spielraum beim Aussetzen der Mehrwertsteuer auf die Gas-Umlage zu und verhindert somit die Belastung für die Bevölkerung etwas herunter zu fahren.

Ist es etwa fair, dass Menschen, die kaum ihr Leben finanzieren können und hart für ihre Lebenserhaltungskosten arbeiten, Großkonzerne vor dem Ruin bewahren? Um nochmal auf die Worte von Robert Habeck zurückzukommen: Liegen die Ursachen für unsere Kosten noch ausschließlich im Ukraine-Krieg?

Nein, denn die derzeitige Energiekrise würde uns nicht so hart treffen, hätte die Bundesregierung die wissenschaftlich als sinnvoll erachteten Ziele in der Klimapolitik, wie den Ausbau von erneuerbaren Energien, verfolgt, geschweige denn erreicht. Außerdem wird so ersichtlich wie nie: Wir zahlen, damit die Reichen es nicht müssen. Während die Bevölkerung im Winter dank staatlichen Heizvorgaben frieren soll, verdienen gewinnbringende Unternehmen so gut, bzw. besser, als vor der Krise. Genauso wie die staatlich erzeugte Flugscham von Menschen, die in ihren hart erarbeiteten Jahresurlaub fliegen möchten. Dabei ist es nachweislich die Großindustrie und die überdimensionierten Verkehrsmittel der Reichen, die für den Großteil des schädlichen CO₂-Ausstoßes verantwortlich sind. Anstatt also das Vermögen da her zu holen, wo es sowieso liegt, wird die Vermögensumverteilung noch absurder.

Grund dafür sind die wirtschaftlichen Entscheidungen der Bundesregierung, die dem kapitalistischen System zugrunde liegen. Es ist besonders in einer Zeit wie dieser offensichtlich, dass der Staat durch diese Politik den Wettbewerbsvorteil seiner Monopole sichert, von dem natürlich nicht die Bevölkerung, sondern lediglich eine handvoll Kapitalisten profitieren, die den Energiemarkt kontrollieren. Arbeiterinnen und Arbeitern, Auszubildenden, Studierenden, Arbeitslosen, Rentnerinnen und Rentnern und anderen marginalisierten Gruppen wie z.B. Geflüchteten zu diktieren, dass diese aus ihrer „gemütlichen Wohlstandskomfortzone herauszutreten haben, um Deutschlands Wirtschaft zu retten“, ist der Höhepunkt der Dreistigkeit und sollte uns wachrütteln für folgende Forderungen auf die Straße zu gehen:

- Energiepreisstop jetzt!
- Enteignung der Energiekonzerne
- Weiterführung des 9€-Tickets und flächendeckender Ausbau des ÖPNV
- die Sanktionen gegen die Russische Föderation treffen die deutsche und die russische Bevölkerung, statt die Verantwortlichen und Profiteure des Kriegs gegen die Ukraine. Sanktionen abschaffen!
- wirksame staatliche Maßnahmen gegen die Inflation!
- Kostenumlage auf die Reichen!
- Kein "Frieren oder Hungern" für die Profite von Konzernen!
- Lohnsteigerungen oberhalb der Inflationsrate